

Deutschland.

□ **Berlin, 3. August.** Es erscheint notwendig, namentlich nach der Erklärung des „Staats-Anzeigers“, daß die Usedom'sche Note von der Regierung weder autorisiert noch genehmigt gewesen, sondern erst zehn Tage später in Berlin bekannt geworden ist, auf diese Angelegenheit noch einmal zurückzukommen. Wie wir schon früher bemerkt haben, war der Zweck der Interpellation des General Lamarmora und der damit verbundenen Veröffentlichung der Usedom'schen Note von Seiten desselben, Mißstimmung und Argwohn in der italienischen Armee gegen Preußen hervorzurufen und dadurch den Samen der Zwietracht zwischen Preußen und Italien überhaupt zu streuen. Den Inhalt der Usedom'schen Note konnte General Lamarmora zu diesem Zwecke nicht benutzen, da er nichts Neues enthielt. Auch daß Preußen auf eine Diversion in Ungarn gerechnet hat, ist längst durch die Ereignisse bekannt. Da nun Lamarmora aus dem Inhalt der Note kein Kapital für seine Zwecke schlagen konnte, legte er den Nachdruck auf die Form derselben und stellt diese als verlegend dar. Daß die Form der Note nichts Verlegendes hat, wird jeder Unbefangene zugeben. Dazu kommt noch, daß die Form der Note nicht von der preussischen Regierung, sondern aus der Initiative des Grafen Usedom hervorgegangen ist. Um die militärische Empfindlichkeit des italienischen Offizierkorps rege zu machen, sucht aber Lamarmora die Sache so darzustellen, als ob ein Diplomat sich herausgenommen habe, das Militär zu belehren, er will die Vorstellung zur Geltung bringen, als ob gemeint sei, das italienische Offizierkorps und der italienische Generalstab sei nicht fähig, die ersten Grundsätze der Strategie zur Anwendung zu bringen und habe dazu noch einer äußeren Anregung bedurft. Daß der italienische Generalstab diese strategischen Grundsätze gekannt, geht aus den Thatfachen hervor, ja man weiß auch, daß die Grundsätze, die in der Usedom'schen Note, resp. im preussischen Kriegsplan wiederholt sind, im italienischen Generalstab ihre Vertreter gehabt haben. Die eigentliche Veranlassung zur Usedom'schen Note ist vielmehr darin zu suchen, daß der italienische General den Kriegsplan Lamarmora's als unheilbringend für Italien betrachtet und daher nochmals die Vermittelung des preussischen Gesandten in Anspruch genommen habe, um noch im letzten Augenblick den Versuch zu machen, den kriegerischen Unternehmungen des General Lamarmora eine bessere Richtung zu geben. Durch diese Auseinandersetzung wird zugleich klar, welchen Sinn die Aeußerung des „Staats-Anzeigers“ über die Usedom'sche Note hat: die Regierung ist mit dem Inhalt der Usedom'schen Note einverstanden, sie will nur nicht für jeden Ausdruck in derselben die Verantwortlichkeit übernehmen. — Obgleich wir die Frage über die Annäherungsversuche zwischen Oesterreich und Preußen ruhen lassen wollen, so mag doch so viel bemerkt werden, daß die Vorgänge auf dem Wiener Schützenfeste in keiner Weise dahin führen werden, das friedliche Einvernehmen zwischen beiden Staaten zu trüben. Als ein Beweis dafür kann auch gelten, daß sehr viele Oesterreicher von Rang sich in Ems dem König vorstellen lassen und von demselben mit größter Auszeichnung und Huld empfangen werden. — Die Einberufung des preussischen Landtags schon im September ist nicht wahrscheinlich. Wenn die Zeitungen indessen den Satz aufstellen, daß der Landtag nach der Verfassung überhaupt vor November nicht einberufen werden könne, so sind sie im Irrthum. Die Verfassung macht es der Regierung bloß zur Pflicht, den Landtag regelmäßig alljährlich und zwar spätestens im November einzuberufen, giebt ihm indessen zugleich aber auch die Befugnisse zu früheren, außerordentlichen Einberufungen desselben. — Die Polen gehen in ihren Forderungen weiter. Nachdem der preussische Landtag so gefällig gewesen ist, den Antrag auf Errichtung eines katholischen Gymnasiums im Regierungsbezirk Bromberg zu genehmigen (in Posen besteht bekanntlich schon ein solches), wird nun auch polnischer Seits für die Errichtung eines katholischen Gymnasiums in Westpreußen agitiert. Wir haben schon früher erwähnt, daß in Posen und Westpreußen katholisch und polnisch identisch ist, daß also die Sache eine politische Seite hat und erinnern nur noch daran, daß das katholische Gymnasium in Argemino wegen der polnischen Wühleren, die dort vorkamen, aufgelöst werden mußte. Um so unbegreiflicher ist die Bewilligung der Errichtung sogenannter katholischer Gymnasien in den genannten Provinzen, zumal ja die liberalen Organe sich darüber gar nicht zufrieden geben können, daß die Regierung gegen die Errichtung eines konfessionslosen Gymnasiums in Breslau ist.

Berlin, 3. August. In einer Zeit, die mehr als irgend eine frühere hochstrebenden Tendenzen und hochgepannten Willens-erklärungen die ernüchternde Lehre giebt, daß dafür gesorgt ist, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, ist es nicht zu verwundern, wenn auch dem Oberhaupt der römischen Kirche diese Lehre zu Theil wird. In der Bulle, in welcher der Papst die Kirchenoberen zum ökumenischen Konzil einladet, ist der Kirche mit Uebergebung der weltlichen Fürsten die Aufgabe gestellt, die gesammte bürgerliche Gesellschaft zu erneuern und um ihre Leitung zu versammeln. Beuillot, der Vorkämpfer der ultramontanen Partei in Frankreich, faßte diese Idee so auf, daß die Kirche sich von den Staaten und deren Obergkeiten losagen und sich an die Spitze einer christlichen Demokratie stellen werde. Mit seinem gewohnten Feuer verkündet er in seinem Journal, dem „Univers“, diese neue Theorie der Trennung von Kirche und Staat und rechnete bestimmt auf eine Anerkennung von Seiten Roms. Statt dessen hat er jetzt von Seiten der „Unita cattolica“, des päpstlichen Journals, einen ziemlich strengen Verweis erhalten, der ihn an den Syllabus Pius IX. erinnert, in welchem die Theorie der Trennung von Kirche und Staat als lehrfälsch verworfen ist. Aus diesem Verweis, der mit einer Belobigung des französischen Kultusministers Baroche für

seine neuliche Vertheidigung der innigen Verbindung von Kirche und Staat und des Zusammenwirkens der weltlichen Obrigkeit und der Geistlichkeit verbunden ist, geht hervor, daß der Papst sich eines andern besonnen hat. Seine weitreichenden Hoffnungen auf das kommende Konzil hat er bedeutend beschränkt. Er wird sich begnügen, die kirchliche Disziplin mit Vorsicht zu reformiren und sich mit den weltlichen Fürsten über die Grenzen ihrer beiderseitigen Macht zu vereinbaren. Beuillot hatte sich getäuscht, als er eine augenblickliche Stimmung der Kurie zu ernst nahm und ihr eine längere Dauer zutraute. Auch gegen die österreichische Regierung schlägt der Papst den Weg der Vermittelung ein; wenigstens wird aus Wien gemeldet, daß der Uditor della Rota, Kardinal Silvestri, von der Kurie beauftragt sei, mit Vorschlägen zum Abschluß eines neuen Konkordates nach Wien zu gehen. Unwahrscheinlich klingt die Sache jedoch durchaus nicht, wenn man bemerkt hat, daß die Donner der Hirtenbriefe des österreichischen Episkopats in letzterer Zeit etwas an Heftigkeit nachgelassen haben. Der jüngste Hirtenbrief des Erzbischofs Wierz ist schon in ganz anderem Tone, wie dessen Vorgänger von anderer Seite her, gehalten, und entspricht es wohl der alten Taktik Roms, einzulenken, nachdem man auf gegnerischer Seite einen hinreichenden Grad von Festigkeit vorgefunden. — In der französischen Diplomatie sowie in dem Kreise der Vertreter der auswärtigen Mächte zu Paris ist von nichts als von Urlaubs- und Erholungsreisen die Rede. Der neuliche Wochenempfang im Ministerium des Aeußern gab dem Marquis v. Moustier Anlaß, sich gegen die Vertreter der auswärtigen Mächte über die europäische Lage in der allerfriedlichsten Weise zu äußern. Die umlaufenden Gerüchte von Unterhandlungen, welche zwischen den Kabinetten von Paris, Brüssel und dem Haag wegen einer politischen und ökonomischen Union angeknüpft worden wären, erklärte der Minister ausdrücklich für unbegründet; dann fügte er, sich gegen gewisse von Florenz aus verbreitete Alarmanachrichten wendend, hinzu, daß auch kein Schatten das freundschaftliche Verhältniß zwischen Preußen und Frankreich trübe. Man versichert, daß das französische Kabinet in diesem Augenblicke offiziell nur eine einzige Unterhandlung führe, die in das Gebiet der hohen Politik einschlägt: es wäre dies eine Korrespondenz mit Rom und mit den katholischen Höfen über das ökumenische Konzil, welches Frankreich nun einmal als ein politisches Ereigniß auffaßt und auch anderwärts aufgefaßt sehen will. Man hört für gewiß, daß in der Staatsdruckerie an einer auf diese Kirchenversammlung bezüglichen Publikation gearbeitet wird, welcher der Kultusminister Herr Baroche nicht fremd sein soll; aller Wahrscheinlichkeit nach wird es sich hier aber nicht um eine Tendenz- oder Programmschrift, sondern wohl nur um eine quellenmäßige Darstellung des Verhältnisses zwischen dem Staat und der Kirche handeln, welches die organischen Gesehe in Frankreich geschaffen haben. Auf alle Fälle steht man der Veröffentlichung dieser Schrift in politischen und kirchlichen Kreisen nicht ohne Neugier entgegen.

— Der depossedirte Herzog von Nassau genirt die Finanzpläne unserer Regierung in etwas durch den Massenverkauf der 4½prozentigen Papiere, welche er 1867 im Betrage von 8 Millionen Thaler als Entschädigung empfangen hat. An einem einzigen Tage wurde letzthin der Betrag von einer halben Million an der hiesigen Börse zum Verlaufe angemeldet. Dadurch werden die Course dermaßen gedrückt, daß nicht nur das Finanzministerium sich außer Stande sieht, die neue 40 Millionen-Anleihe, welche in 4½prozentigen Dokumenten bereits ausgefertigt ist, auf den Markt zu bringen, sondern auch die Anleihe 1867 von 24 Millionen von dem Konfortium, welches dieselbe übernommen hat, noch nicht vollständig untergebracht werden konnte. Man möchte nämlich den Rest derselben nicht unter 96 pCt. loslagern. — Die 3½prozentigen Bundesobligationen, welche bis 100¼ verkauft werden, haben den Börsencours der 3prozentigen preussischen Schatzanweisungen unter pari gedrückt. Auffallend bemerkt ist an der Börse worden, daß von den 21 Millionen preussischen 4prozentigen Dokumenten, welche Dänemark im März v. J. als Ablösung Schleswig-Holsteins an der dänischen Schuld empfangen hat, noch nichts an die hiesige Börse gekommen ist. Dänemark scheint sonach dieselben im Portefeuille, vielleicht als Kriegsschatz, behalten zu wollen. In Folge dessen wird die obligatorienmäßige Tilgung nur durch Auslösung al pari geschehen können.

— Die Regierung beabsichtigt, die Münze in Hannover einzuführen zu lassen.

Schweidnitz, 1. August. General Frhr. v. Moltke, welcher im vorigen Jahre in unserer unmittelbaren Nähe mehrere Güter durch Kauf erworben, vermittelte in den letzten Wochen auf seinem Landsitze in Kretschau.

Ems, 3. August. Der König wird sich morgen Nachmittag nach Mainz begeben und im Gouvernementgebäude daselbst sein Absteigequartier nehmen. Mittwoch früh wird derselbe einigen Truppenkörpern betwöhnen und sodann am Nachmittag hierher zurückkehren. — Der diesseitige Gesandte am Hofe zu Petersburg, Prinz Reuß, ist hier eingetroffen.

Schwerin, 3. August. Mehrere Magistrate mecklenburgischer Städte haben gleichzeitig und unabhängig von einander sich veranlaßt gefunden, auf Verufung eines außerordentlichen städtischen Konvents bei den Vordorstädten zu dringen, um einer Verabreichung über die nicht länger haltbaren Steuern, sowohl die fixen Mabl- und Schlacht-, wie die Handelsklassensteuer, herbeizuführen und Separaterklärungen der einzelnen Magistrate zu verheuten.

Dresden, 2. August. Die verschiedenen Eisenbahnprojekte zu Verbindungen von Sachsen mit Böhmen, z. B. Zittau-Nam-burg, Annaberg-Wipertz-Komotau, Klingenberg-Dux, Pirna-Dux, Müglitzbahn, von denen wohl die beiden letztgenannten der Verwirklichung am nächsten waren, sind plötzlich auf militärische Hinder-

nisse gestoßen. Die oberste Militärbehörde des norddeutschen Bundes verlangt, daß jeder Eisenbahn-Übergang nach Böhmen fortifikatorisch gesichert werde. Durch Erbauung von Befestigungen, deren Umfang und also Kostenpietigkeit noch gar nicht einmal bekannt sind, wird das Anlage-Kapital der betreffenden Bahnen ganz wesentlich erhöht und die Rentabilität des Unternehmens eben so wesentlich vermindert. Von den zwei bis jetzt im Betriebe befindlichen Bahnen zwischen Sachsen und Böhmen ist die sächsisch-böhmische durch den Königstein gedeckt, an dessen Fuße sie hingeht; die zweite, die Zittau-Reichenberger Bahn, ist bis jetzt ohne Befestigungen. Dieser Umstand kam im Kriege 1866 der preussischen Armee sehr zu Statten. Die Zittau-Reichenberger Bahn vermittelte damals den Hauptverkehr zwischen Berlin und der in Böhmen vorgehenden Armee, während die sächsisch-böhmische Eisenbahn durch den Königstein hermetisch verschlossen war. Man wird sächsischer Seits in Berlin Vorstellungen machen gegen die verlangten Eisenbahnbefestigungen, mit welchem Erfolge, steht dahin.

Deffau, 2. August. Heute früh 6½ Uhr starb plötzlich der Staatsminister a. D. Dr. Sentenis hier selbst am Brustkrampfe.

Rifflingen, 3. August. Der Großherzog von Oldenburg ist heute Morgen hier eingetroffen und stattete alsbald dem Kaiser von Rußland einen Besuch ab, den dieser sofort erwiderte.

Ausland.

Wien, 2. August. Das Bundesgesetz nähert sich seinem Ende. Zuguterletzt erneuern die Festgäste ihren Protest gegen die bestehenden Verhältnisse und stellen sich damit vollends außerhalb der Wirklichkeit. In der gestern stattgefundenen Volksversammlung stellten Frese, Meyer und Trabert ein Programm für die deutsche Volkspartei auf. Die Versammlung nahm nach stündlicher Debatte folgende Resolutionen an: Sie verurtheile die Losreißung Oesterreichs von Deutschland, protestire gegen die Lösung der deutschen Frage im Wege der Annexion und erkläre sich mit den Bestrebungen der deutschen Volkspartei einverstanden. Die deutsche Frage könne nur im Anschlusse des Volkes an die europäische Demokratie gelöst werden. Die Versammlung ernannte sodann eine Kommission Behufs Organisation der Volkspartei in Oesterreich.

— Die theologische Fakultät hat gegen die Bestätigung der Wahl des protestantischen Professors Dr. Brücke zum Dekan des Professoren-Kollegiums der hiesigen Universität eine ehrsüchtige Vorstellung an das Unterrichtsministerium gerichtet. Unter Berufung auf den katholisch-kirchlichen Charakter der Universität wird gegen die Wahl eines Nichtkatholiken remonstrirt und hierbei auf einen Beschluß des Professoren-Kollegiums vom Jahre 1851 hingedeutet, welcher gegen die Wahl eines akatholischen Dekans aussteht.

Wien, 3. August. Die „Abendpost“ dementirt die Nachricht, daß die österreichische Regierung darüber, daß von Seiten Rußlands Sympathien für czechische Agitation zu Tage getreten seien, in Petersburg diplomatische Vorstellungen habe machen lassen. Dasselbe Blatt erklärt, daß von der Existenz einer römischen Antwortnote auf die Note Bepf's bezüglich der päpstlichen Allokution hier nichts bekannt sei.

Prag, 1. August. Der Redakteur des czechischen Blattes „Pobor“, Herr Czerny, wurde bei seinem jüngsten Verhöre, da sich gegen ihn Indizien des Hochverrats herausstellten, noch in Haft behalten.

Pesth, 1. August. Der Central-Ausschuß des Honved-Bereins erläßt einen Aufruf an alle Kameraden, worin der Verdacht ausgesprochen wird, daß Beniczly durch Mordmord gefallen sei. Er setzt zugleich 1000 Gulden auf die Entdeckung des Mörders aus, indem er um der Ehre der Nation willen zu Geldsammlungen auffordere. Die Pesther Blätter sind unermüdlich, neue Details über die eingeleiteten Nachforschungen zu geben, seitdem das Gerücht, B. lebe wohlbehalten in Hermannstadt, sich als unwahr herausgestellt hat. Der Neffe B's, Notar Anton Beniczly, erhielt unter geheimnißvollen Umständen einen Brief folgenden Inhalts: „Herr Beniczly! Wenn Sie das Auffuchen der Leiche Ludwig Beniczlys nicht einstellen, so werde ich gezwungen sein, auch Sie auf die Seite zu schaffen, damit Sie mir weiter nicht unbenquem seien. Möge Ihnen dies zur Warnung dienen.“ Die Hunde aus dem Hause Beniczlys, die man eifrig zur Verfolgung der Spuren verwendete, zeigten in den letzten Tagen Symptome einer gewaltigen verführten Betäubung; kurz es tauchten Zeichen um Zeichen auf, die auf die Existenz einer mysteriösen Korporation gegen die Freunde Beniczlys schließen lassen. — Etwas profaisch gegen diese Meldungen nimmt sich im ungarischen Amtsblatte eine Publikation des Pesther Wechselgerichts gegen den Verschwinden aus. Die Summe beträgt allerdings nur 560 fl. auf zwei Wechsel.

— Gegen Konrad hat der bekannte Historiker Bischof Horvath neuerdings eine Kundgebung veröffentlicht, welche das Treiben des Exaltators aufs Schärfste verurtheilt und mit den Worten schließt: „Landesleute, wollt Ihr eine neue Revolution? wollt Ihr, daß die Nation sich ins Verderben stürze? Hütet Euch also, den Agitationen Konrads Glauben zu schenken, denn er arbeitet auf den Umsturz der gegenwärtigen Zustände, auf eine neue Revolution hin!“

Paris, 1. August. Der erste Versuch einer Wahlversammlung ist übel ausgefallen. Das Geschick schreibt vor, daß in den fünf Tagen, welche den Wahlen unmittelbar vorangehen, keine öffentliche Wahlversammlung mehr stattfinden dürfe. Auf dieses Geschick stütend, hat die bewaffnete Macht in Nommes eine Versammlung am 29. Juli auseinandergetrieben, deren Zweck war, die politischen Erklärungen des demokratischen Kandidaten Herrn Cozot entgegenzunehmen. Die Wahloperation selbst wird morgen, am 2. August, vor sich gehen. Die Versammlung wäre also eine ungeheißliche gewesen, wenn die Personen, welche sich in dem bezeichneten Lokale einfanden, keine Einladungsarten gehabt hätten

Weißer Weizen 1 Sch., rother 2 Sch., russischer 2 Sch. billiger.
Frühjahr 1 Sch. niedriger. Für das Inland gute Frage. Für Ger-
volle Preise. Hafer 3 d niedriger. Leinöl loco Hull 30 $\frac{3}{4}$. — S
schönes Wetter.